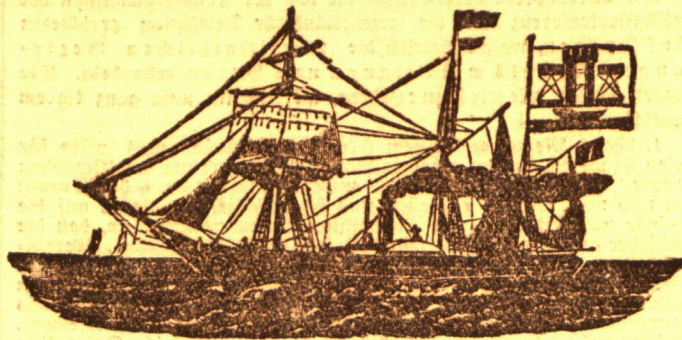


Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonelle Spaltzeile von Annoncen mit 12 M. berechnet. Von Nicht-Annoncen u. Annoncen mit 15 M. berechnet. Reklamen für Stiege 42 M., Auswärtige 50 M. die Zeile bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden.

Etwaiger Rabatt kann im Konkursfalle, bei Einziehung der Rechnungsbeträge auf gerichtlichem Wege und außerdem dann verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel. Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigen-Annahme ohne Gewähr für Richtigkeit. Belag-Exemplare kosten 15 M.

Fernrechnungen: 26 und 28.

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen

Monatlicher Bezugspreis

vorans 290 M., mit Postlohn 300 M.

Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rückführung unbenutzter eingelangter Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die Expedition ist geöffnet:

An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.

Nr. 265

Memel, Sonnabend, den 11. November 1922

74. Jahrgang

Bradbury über die Stabilisierungsverhandlungen

Der Besuch in Berlin eine Enttäuschung

London, 10. November. (Tel.) In einer Unterredung mit Reuters Berliner Vertreter sagte das englische Mitglied der Reparationskommission Bradbury: Unser Besuch in Berlin war nützlich in diesem Sinne, daß jedes Mitglied sich jetzt von der Schwere der Lage überzeugt hat, und wir alle sind der Meinung, daß, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll, ernste Schritte unternommen werden müssen, um die Mark zu stabilisieren und den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, die schwebende Schuld einzudämmen. Mein französischer Kollege und ich halten daran fest, daß die Verantwortung für die zu ergreifenden Maßnahmen bei der deutschen Regierung verbleiben muß. In der Tat arbeiten wir während unseres ganzen Aufenthalts in Berlin eng zusammen und über keinen Verhandlungsgegenstand gab es irgend eine Meinungsverschiedenheit. Keine der beiden Nationen wünscht größere Konzessionen zu machen, als unbedingt nötig ist. Bevor jedoch die deutsche Regierung einen bestimmten Aktionsplan aufstellt und uns offen sagt, welche Konzessionen sie als wichtig betrachtet, um den Plan zur Ausführung zu bringen, kann nichts Nützliches geschehen. Vom Gesichtspunkt des Fortschritts in der Richtung auf die Verwirklichung eines solchen Planes, war unser Besuch in Berlin eine Enttäuschung. Wenn die deutsche Regierung keinen Mut hat, keine Mittel und Wege findet, sich selbst zu helfen, so können wir ihr nicht helfen. Wenn sie weiter ihre Arme kreuzt und auf die Katastrophe wartet, so kann sie, wird sie wahrscheinlich zerstörende Kräfte auslösen, gegen die der Rhein nur eine schwache Barriere bildet, gegen die auch der Kanal sich unwirksam erweisen wird, deren erster Stoß aber auf jeden Fall zu Hause aufgehalten werden muß.

Abreise der Repko nach Paris

Berlin, 10. November. (Priv.-Tel.) Die Delegierten der Reparationskommission sind heute mit dem Paris-Berliner D-Zug nach Paris wieder abgereist. Bradburys Abreise gegenüber dem Berliner Vertreter des Reuters-Büros, daß er im allgemeinen enttäuscht aus Berlin zurückkehre, wird von einigen Londoner Blättern mit der Bemerkung begleitet, daß in englischen politischen Kreisen die Reparationsfrage augenblicklich nicht sehr günstig beurteilt werde. Auch die Pariser Blätter wollen aus angeblich guter Quelle wissen, daß innerhalb des Wiedergutmachungsausschusses eine beträchtliche Unzufriedenheit mit der Berliner Reise herrsche.

Die Antwort der Repko auf den zweiten Vorschlag

Berlin, 10. November. (Tel.) Die Antwort der Reparationskommission auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 8. November lautet:

Die Reparationskommission nahm gestern die von Ihnen mitgeteilte Note der deutschen Regierung nebst den ihr beiliegenden Urkunden zur Kenntnis. Wie die Kommission, die zum Zweck der Unterbreitung hierhergekommen ist, schon vor ihrer Abreise bestimmte, wird sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris die ihr von Ihnen unterbreiteten Vorschläge oder andere, mit denen Sie sich noch zu beschäftigen für angezeigt halten, und über die Gesamtheit der Fragen, die sie mit Ihrer Regierung erörterte, einer Prüfung unterziehen. Genehmigen Sie usw.

Der Sachverständige Dubois über die Gutachten

Bern, 9. November. Der Finanzsachverständige Dubois, Präsident des schweizerischen Bankvereins, gewährte dem Berliner Vertreter der schweizerischen Depeschagentur, Weiss, eine Unterredung, die sich auf die nunmehr erfolgte Veröffentlichung der Gutachten der Finanzsachverständigen bezog. Zunächst erklärte Dubois auf die Frage, weshalb sich die Sachverständigen nicht auf ein gemeinsames Gutachten geeinigt hätten, es beständen unter den Sachverständigen mit wenigen Ausnahmen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Aber die erstatteten Berichte seien von einander verschieden und zwar sowohl in ihrer Form als auch nach ihren Methoden. Insbesondere die Maßnahmen zur Herbeiführung der provisorischen Stabilisierung sind eingehender in dem Berichte der Herren Bissinger, Dubois und Klementa, als in dem Berichte der Herren Keynes und Brand behandelt. Zur internationalen Stützungsaktion für die deutsche Währung sprach sich Dubois folgendermaßen aus: Bis zur Stunde liegt kein bestimmtes Angebot von schweizerischer Seite oder von anderer ausländischer Seite vor. Aber unter gewissen Voraussetzungen bestehen Aussichten, daß eine wirksame ausländische Hilfe zur Aktion der Reichsbank hinzukommen wird, um die Mißtrauenskrise zu überwinden, die die letzten Markflüsse verursachten. Da die beiden Gutachten nun abgelehnt worden sind, können die Unterhandlungen für die ausländische Kreditation sobald als möglich gepflogen werden.

Die Verhandlungen über die deutschen Kohlenlieferungen

Berlin, 10. November. In der Sitzung der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen gab Teilnehmer Oberministerialrat Dr. Probus von dem preussischen Wirtschaftsministerium Erklärungen über eine ernste Bedrohung der deutschen Volksgesundheit durch die wachsende Kohlennot ab. Die Dringlichkeit, die neuerdings wieder ansteige, sei in der Hauptsache auf die bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erstickungen zurückzuführen. Es sei erforderlich, namentlich den unbedeutendsten Volksschichten im kommenden Winter mehr Kohlen zu beschaffen, da sie nicht mehr in der Lage seien, sich den notwendigen Bedarf an Zeit zuzuführen, und deshalb Erstickungen in besonderer Weise ausgesetzt seien. Unter diesen Umständen würde die Mehrlieferung von Kohlen an die Entente unabsehbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Etwa 700 000 deutsche Familien würden infolge Mehrlieferung keine oder keine genügende Kohle erhalten.

Gekönigt Konstantin wird nicht vor Gericht gestellt

Paris, 10. November. (Tel.) Eine Nachrichtenagentur berichtet aus Athen, Gekönigt Konstantin werde nicht vor Gericht gestellt, da die griechische Verfassung sich der Anklage gegen ihn widersetze, weil die Minister allein verantwortlich seien.

Kriegsschiffsendung nach der Levante

Paris, 9. November. (Tel.) Die französische Regierung beschloß, einen weiteren Kreuzer in die türkischen Gewässer zu entsenden. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Rom, Italien schickte drei Panzerkreuzer nach der Levante, um das Admiralschiff „Archimedes“ zu unterstützen, das augenblicklich in Konstantinopel liegt, und um die italienischen Interessen zu vertreten. Nachrichten des Generals Kombeff, die im Ministerium ankamen, schilderten die Lage als sehr ernst.

Die neuen deutschen Einkommensteuern

Berlin, 9. November. Der Reichsrat nahm die von der Regierung eingebrachte Novelle zum Einkommensteuergesetz gegen die Stimme Thüringens an. Die Vorlage enthält u. a. folgende Änderungen des geltenden Gesetzes für 1923: Die Grenze des steuerbaren Einkommens, für das nur 10 Prozent zu erheben sind, wird auf das Vierfache erhöht. Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 M. für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 M. beträgt, und um je 4800 M. für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 M. nicht übersteigt.

Für 1922 wurde in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Prozent beträgt, wurde von 100 000 M. auf 250 000 M. erhöht. Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 M. monatlich für den Ehegatten und die Ehefrau, je 610 M. für jedes Kind.

*

Wie wir hören, werden die gleichen Sätze auch im Memelgebiet nach Zustimmung der zuständigen Stellen in Kraft treten.

Neue Feuerungsaktion der Deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter

Berlin, 10. November. (Tel.) Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter hatten heute eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister über die Notwendigkeit der Einleitung einer neuen Feuerungsaktion. Die Entscheidung des Reichsfinanzministers ist für Anfang nächster Woche in Aussicht gestellt.

Lebensmittelunruhen im Norden Berlins

Berlin, 10. November. (Priv.-Tel.) Wie die „Note Fahne“ mitteilt, kam es heute vormittags zu Lebensmittelunruhen in Berlin. Eine Menge, die meist aus Frauen bestand, drang im Norden Berlins in ein Lebensmittelgeschäft ein und nahm die im Laden befindlichen Brote weg.

Nationalistische Gefahr in Bayern

München, 9. November. (Tel.) Die gegenwärtige nationalistische Bewegung in Bayern veranlaßt, den „Münchener Neuesten Nachrichten“ zufolge, die demokratische Fraktion beim Ministerpräsidenten, dem Innenministerium und dem Polizeipräsidenten vorzustellen zu werden, um auf die drohende Gefahr hinzuweisen, die aus der nationalistischen Bewegung für die öffentliche Ruhe und Ordnung erwachse. Die Fraktion hat hierbei von der Regierung Auskunft verlangt, welche Mittel gegen diese Gefahr sie anzuwenden gedenke. Gleichzeitig fordert sie Auskunft über die Passivität und zum Teil aktive Unterstützung, die gewisse staatliche Organe nationalistischen Kreisen gemacht hätten. Wie das Blatt weiter meldet, sei auch die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei beim Ministerpräsidenten in dieser Beziehung vorstellig geworden. In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei sollen ebenfalls Gegenmaßnahmen erwogen werden.

Das neue amerikanische Repräsentantenhaus

London, 10. November. (Tel.) „Reuter“ meldet aus Washington: Die Zusammenkunft des neuen Repräsentantenhauses ist folgende: 225 Republikaner, 207 Demokraten, 1 Sozialist, 1 Bauernbündler, 1 Unabhängiger und 1 Arbeitervertreter. Die republikanische Mehrheit im Senat ist nicht bedroht, obwohl die Republikaner 6 Sitze verloren haben. Von den 35 zur Wahl stehenden Mandaten erhielten die Republikaner 11, die Demokraten 19. In 5 weiteren Wahlkreisen stehen bis jetzt die Demokraten an der Spitze. Im gegenwärtigen Senat beträgt die republikanische Mehrheit 24. Unter den Nichtgewählten befindet sich der Urheber des neuen Zolltarifs Senator W. C. Cumber.

Aus London wird dazu gemeldet: Obgleich äußere Angelegenheiten bei den Wahlen nur eine geringe Rolle spielten, nimmt man doch an, daß der demokratische Erfolg den amerikanischen Wunsch darstellt, Amerikas Haltung gegenüber dem Völkerverbund neu zu prüfen und außerdem auch die Frage des europäischen Wiederaufbaus zu berücksichtigen.

Für eilige Leser

In einer längeren Unterredung mit einem Berichterstatter Reuters spricht sich Bradbury über die Berliner Stabilisierungsverhandlungen aus. Die von der deutschen Regierung angebotene Novelle zum deutschen Einkommensteuergesetz ist im Reichsrat angenommen worden. Professor Gustafson erhielt den Nobelpreis für Physik 1921. König Konstantin wird nicht vor Gericht gestellt. Dollarkurs vom 10. November: 7655,80 (9. November: 7780,50); nachbördlich 7900,--.

Die deutsche Antwort

(Von unserem Berliner Vertreter)

In den späten Abendstunden des Mittwoch ist der Reparationskommission die Antwort der deutschen Regierung überreicht worden, die nun auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Wie von vornherein betont wurde, fällt eine Entscheidung über diese deutschen Vorschläge nicht in Berlin, das war an sich nicht möglich, da die Reize der Reparationskommission, wie von dieser immer wieder betont wurde, nur informativ Charakter hatte; es ist aber auch dadurch unmöglich, daß sich dieser deutsche Vorschlag weder mit einem „Ja“ abtut, noch mit einem „Nein“ abtut, sondern auf jeden Fall wird der Meinungsaustausch auch nach der Abreise der Reparationskommission aus Berlin fortgesetzt werden müssen.

Mit Recht stellt die deutsche Antwort das Problem der Stabilisierung der Mark in den Vordergrund, denn in der Tat ist das das Kernproblem, und auch die Reparationskommission ist während ihres Berliner Aufenthalts zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Stabilisierung der Mark die primäre Frage ist. Erst wenn es gelungen sein wird, die Mark zu stabilisieren, ist es möglich, einen einwandfreien Etat aufzustellen. So wirkt jeder neue Marksturz alle Berechnungen immer wieder über den Haufen, das Staatshaushalt kann erst nach der Stabilisierung der Mark beseitigt werden. Sehr klar und anschaulich ist unlängst die Folge einer Marktstabilisierung in einem Artikel der „Woff. Ztg.“ geschildert worden. Erste Folge, so hieß es dort: Wegfall des Dranges nach wertbeständigen Realitäten. Hierauf: Rückkehr der geflüchteten Auslandskapitalien, die Federn mann fruchtbarer im Inland verwerten kann — wenn anders er nicht mehr zu befürchten braucht, daß Deutschland demnächst zerstört wird und zugrunde geht. Hierauf: Wiederaufleben der Spartanität, da sich ein gehämmertes Klavier nicht in 17 Jahren verdoppelt, wohl aber auf Zinsen angelegtes Sparkapital — wenn anders der Sparrer nicht mehr zu befürchten braucht, daß die Entwertung jeden Zinsgewinn in sein Gegenteil verkehrt. Hierauf: Mehrarbeit... Diese Stabilisierung der Mark kann aber keineswegs durch innere Maßnahmen erreicht werden. Der Widerstand der Reichsbank gegen die Herausgabe des Goldbestandes war daher durchaus berechtigt, denn eine solche isolierte Maßnahme hätte nutzlos verpuffen müssen und auch von einem der ausländischen Sachverständigen ist die Regierung beschworen worden, sich nicht auf solche isolierte Maßnahmen, wie sie von linksstehenden Politikern gefordert wurden, einzulassen.

Erreicht werden kann die Stabilisierung nur durch Mitwirkung des Auslandes. Die deutsche Antwort verweist darauf auf das Gutachten der ausländischen Finanzsachverständigen, die die Gründung eines internationalen Bankensyndikats vorschlagen. Dies Syndikat soll mit einem Kapital von mindestens 500 Millionen Goldmark gegründet werden, daneben hätte sich die Reichsbank zu verpflichten, an der Stützungsaktion mit einem Betrage von gleicher Höhe — also 500 Millionen Goldmark — teilzunehmen, indem sie unter Verpfändung ihres Goldbestandes einen Bankkredit in gleicher Höhe aufnimmt. Die deutsche Regierung hat sich diesen Vorschlag zu eigen gemacht und bittet um eine ernste und möglichst schnelle Prüfung dieses Planes, wobei über die rein banktechnischen Fragen zwischen der Reichsbank und den internationalen Banken nähere Vereinbarungen noch zu treffen wären. Ueber die Frage der Garantien — daß die französische Priorität dann zurücktreten müßte, ist hier ja schon einmal ausgeführt worden — aber wäre zwischen der Reparationskommission und der Reichsregierung weiter zu verhandeln. Bedingung für eine solche Stützungsaktion wäre freilich nach den Beschläffen der Sachverständigen, daß Deutschland während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der Vorschüsse von allen Reparationszahlungen und Sachleistungen befreit würde. Auch dieser Beschluß der Sachverständigen findet sich in der deutschen Antwortnote, die damit die Frage des Moratoriums anspricht. Ausdrücklich wird aber betont, daß Deutschland bereit sei, Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabilisierungsprozesses zu tätigen, soweit dies ohne Vermehrung der schwebenden Schuld möglich ist. Die Vorschläge der Bankier-Sachverständigen, denen ja die deutsche Antwort im wesentlichen folgt, laufen also darauf hinaus, daß die Reparationskommission Bankfachverständige und Finanzleute zusammenberuft, um mit ihnen über die Bildung eines internationalen Syndikats und die Gewährung eines ausländischen Bankkredits unter Mitwirkung der Reichsbank zu beraten. Das könnte geschehen durch Einberufung des Morgan-Komitees oder eines anderen Finanzkomitees. Die Bereitwilligkeit zur Beteiligung an einem solchen internationalen Syndikat liegt vor von dem englischen Bankier Brand und von einer Schweizer Bank.

Deutschland ist bereit, seinen Haushalt zu balancieren; es erklärt sich bereit, Reichsbankgold zur Verfügung zu stellen, wenn ausländische Banken sich an einer Stützungsaktion für die Mark beteiligen, und es bekundet schließlich noch den guten Willen, auch in der Stabilisierungsperiode die Lieferungen für die zerstörten Gebiete fortzusetzen, soweit das irgend möglich ist. Am guten Willen Deutschlands ist ein Zweifel nicht möglich, die Entscheidung liegt aber nicht bei ihm, sie liegt bei der Gegenseite. Das Wort hat nun die Reparationskommission; sie hat die Entscheidung zu treffen, ob Europa den Weg friedlicher Wiederaufbauarbeit gehen soll, oder ob es den Weg weiter gehen soll, der zur Katastrophe führen muß. Darüber aber sollte man sich auch auf der anderen Seite klar werden, daß in diese Katastrophe alles hineingerissen wird. Der Sturz des Jahres — er steht zur Zeit schlechter als in den schlechtesten Tagen des Jahres 1920 — ist ein Warnungssignal, das man in Paris nicht überhören sollte.

W. A.

Zwei britische Soldaten ermordet

London, 10. November. (Tel.) Einer Reutermeldung zufolge sind in Kaffra Palcha bei Konstantinopel zwei britische Soldaten ermordet worden.

Kompetenzstreit zwischen Danzig und Polen

Ein Vertragsentwurf mit Memel

Danzig, 10. November. (Priv.-Tel.) Die Regierung der Freien Stadt Danzig hatte um eine Entscheidung hinsichtlich eines Vertrages mit Memel gebeten, der von Polen im Namen der Freien Stadt abgeschlossen worden ist. Am 24. Dezember 1921 übermittelte die Danziger Regierung der polnischen Regierung einen Vertragsentwurf mit Memel betreffend die An- und Abrüstung von Seelenten mit dem Ersuchen, daß dieser Vertrag durch die polnische Regierung vermittelt werden möchte. Die letztere Regierung schloß die Verhandlungen am 1. Juli 1922 ab, fügte aber, ohne den Danziger Senat zu befragen, dem Vertrag einen Absatz hinzu, welcher in der Uebersetzung folgendermaßen lautet:

„Artikelmäßig dessen haben die zu diesem Zweck gebührend ermächtigten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet, das 14 Tage nach der Unterzeichnung auf die Dauer eines Jahres in Kraft treten soll. Nach Ablauf des ersten Jahres soll es, falls drei Monate zuvor keine Kündigung erfolgt ist, durch stillschweigendes Uebereinkommen während des folgenden Jahres und so fort in Kraft bleiben.“

Dieser Absatz änderte den ursprünglichen Entwurf nicht, sondern sieht nur eine bestimmte Zeitdauer vor, während welcher der Vertrag in Kraft bleiben soll, und enthält Einzelheiten bezüglich der Aufkündigung des Vertrages. Die Danziger Regierung billigt diesen Zusatz zu dem Vertrag nicht wegen einer grundsätzlichen Frage und zwar weil Danzig und nicht Polen solch einen Vertrag abschließt und da er unter Artikel 2 fällt und die Ratifizierung durch die Danziger Volksvertretung gemäß Art. 45 (f) der Verfassung der Freien Stadt erforderlich ist, andernfalls würde die Volksvertretung ihre Rechte auf Billigung oder Nichtbilligung der Schritte des Senats beraubt werden. Die polnische Regierung ist nicht der Meinung, daß es erforderlich ist, sich in solch einer Angelegenheit an die Danziger Regierung zu wenden, weil Polen für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs verantwortlich ist. Die Freie Stadt kommt, da sie nicht ein vertragsschließender Teil ist, nicht in Betracht, da sie nicht ein vertragsschließender Teil ist, nicht erwartet, daß sie befragt wurde. Die polnische Regierung ist der Ansicht, daß der Senat und nicht die Danziger Volksvertretung die berufene Behörde ist, die die polnische Regierung in allen Angelegenheiten, die sich auf Verträge beziehen, zu befragen habe.

Der Hohe Kommissar des Völkerbundes ist nun der Ansicht, daß die Ratifizierung seitens der Danziger Volksvertretung nicht erforderlich ist, um einen Vertrag, der durch die polnische Regierung für Danzig vermittelt worden ist, zustande zu bringen. Die Beziehungen zwischen dem Senat und der Danziger Volksvertretung bezüglich der Danziger auswärtigen Angelegenheiten seien nur innerer Art und fallen als solche unter die Verfassung. Die Beziehungen des Senats zu fremden Ländern seien nicht innerer Art und sollen unter Artikel 2 der Konvention vom 9. November 1920. Er sei daher der Ansicht, daß die Ratifizierung dieses Vertrages seitens der Danziger Volksvertretung, wie sie von der Danziger Regierung gefordert wird, nicht nötig sei. Andererseits bestimmte Artikel 6 der Konvention:

„Polen wird keine Verträge oder internationale Abkommen, an denen die Freie Stadt interessiert ist, ohne vorherige Befragung mit der Freien Stadt abschließen.“

Da das Wort „abschließen“ in diesem Artikel gebraucht wurde, ergebe sich, daß eine Beratung während der Verhandlungen stattfinden müsse, wenn irgendeine Aenderung oder ein Zusatz in dem Abkommen, welches in der einleitenden Beratung festgesetzt wurde, gemacht werde. Diese zweite Beratung sei im vorliegenden Fall nicht abgeschlossen und ohne Kenntnis des Senats der Freien Stadt ein Absatz dem Vertrag beigefügt worden. Der Hohe Kommissar ist der Ansicht, daß die Bestimmungen des Artikels 6, die sehr klar gehalten sind, auf alle Fälle angewandt werden müssen, da Polen andernfalls Danzig einen Vertrag aufzwingen könnte, welcher der Wohlfahrt und dem Gedeihen der Freien Stadt schädlich sein könnte. Er entscheidet daher:

1. daß die Bestimmungen der Artikel 2 und 6 der Konvention vom 9. November 1920 auf jeden Vertrag, der die Interessen der Freien Stadt berührt, angewandt werden müssen, gleich, ob dieser Vertrag ausschließlich von der Freien Stadt eingeleitet ist, oder ob es sich um einen Vertrag handelt, der von Polen eingeleitet ist und die Interessen der Freien Stadt berührt;

2. daß die Ratifizierung eines von Polen namens der Freien Stadt abgeschlossenen Vertrages durch die Danziger Volksvertretung nicht erforderlich ist;

3. daß die polnische Regierung, bevor sie einen Vertrag, der die Interessen der Freien Stadt Danzig berührt, abschließt, mit der Danziger Regierung beraten muß und, wenn nach dieser Beratung während der nachfolgenden Verhandlungen irgendwelche Aenderungen eingefügt werden, eine weitere Beratung zwischen den Regierungen von Polen und Danzig stattfinden muß, und

4. daß, da der fragliche Vertrag durch Polen in gutem Glauben vermittelt worden ist und da die Danziger Regierung keinen Beweis erbracht hat, daß die seitens Polen ohne Beratung mit der Freien Stadt Danzig beigefügte Klausel in irgendeiner Weise für die Freie Stadt schädlich ist, der Vertrag nunmehr durch die Danziger Regierung angenommen werden soll, vorbehaltlich irgendwelcher Schritte, die seitens des Rates des Völkerbundes unternommen werden könnten.

Deutschland erkennt die russischen Gliedstaaten an

As. Berlin, 10. November. (Priv.-Tel.) Wie die „Voss. Zig.“ hört, hat die Reichsregierung die Absicht, ohne die Ratifizierung des erweiterten Rapallovertrages abzuwarten, die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zu den Gliedstaaten des russischen Reichs, Ukraine, Kaukasus usw. aufzunehmen.

Die deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen

Dresden, 9. November. (Tel.) Gestern und heute fanden in Dresden zwischen dem Ministerialdirektor Karl von Stockhammer, dem litauischen Gesandten in Rom, dem litauischen Geschäftsträger in Berlin und dem litauischen Ministerialdirektor Dailide allgemeine Vorbesprechungen über den Abschluß eines deutsch-litauischen Wirtschaftsabkommens statt, wobei die Grundlinien erörtert wurden, auf denen ein derartiger Vertrag aufzubauen wäre. Die litauischen Herren sind daraufhin nach Berlin abgereist, um nach Benehmen mit ihrer Regierung zunächst in Berlin die Frage der finanziellen Auseinandersetzung zu erörtern.

Kurze Nachrichten

Eine Entscheidung des Berliner Landgerichts I in einer Klage gegen den Reichsbahnhof wegen Erlasses des durch Ausschließen der Kohlenlieferung infolge des großen Eisenbahnstreiks entstandenen Schadens verneint die Haftung der Reichsbahn für den durch den Streik ihrer Beamten entstandenen Schaden, da die Umkehrsetzung der Beamten nicht in Ausübung der Dienstpflicht erfolgt.

Die neue Dienstkleidung für die Reichsbahn wird vorläufig nicht zur Durchführung gelangen. Die bayerischen Eisenbahner beharren auf ihrem blauen Tuch, während in Preußen die Beamtengruppen die Beibehaltung der bisherigen Abstellkleidung verlangen. Infolge dieser Widerstände ist die ganze Angelegenheit nochmals an die mit der Beratung der Dienstkleidung betraute Kommission zurückverwiesen worden.

In Brüssel eingeweihten Preisen geht die Rede, daß die englische Staatskirche seit einiger Zeit Annäherungsverfuche an den Vatikan macht. Kardinal Mercier soll sich als Vermittler betätigen.

Nur noch einmaliges Erscheinen der Königsberger Blätter

Die „Königsberger Zeitung“ und die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ sehen sich, wie uns aus Königsberg gebracht wird, gezwungen, vom 1. Dezember ab zum täglich einmaligen Erscheinen als Abendblätter überzugehen.

Die Pariser Memelverhandlungen

Die fünf formulierten Fragen der Botschafterkonferenz

Die Tarybapresse veröffentlicht die von der Sonderkommission der Botschafterkonferenz an die memelländische Delegation gerichteten fünf Fragen, welche sämtlich die wirtschaftlichen Beziehungen Memels mit Litauen und Polen behandeln. Die Fragen lauten, wie wir dazu erfahren, wörtlich (in nicht ganz klarem Deutsch):

1. Wenn Memel aus einem Freistaat bestünde, was wäre für diesen Staat die Folgen einer vollständigen Absperrung der litauischen Grenze? Kann Memel die Werte entbehren, welche durch den Transit von und nach Litauen entstehen und hauptsächlich die Rechte auf die Einfuhr nach Litauen. Die Kommission nimmt natürlich an, daß die Schiffahrt auf dem Memel (Memel) frei bleibt bis Grobno, übereinstimmend mit den Ausführungen des Abkommens von Versailles. Sie wünscht auch, daß man eventuell eine Verlängerung des augenblicklichen Zustandes ins Auge faßt (ein Hindernis hervorgerufen durch das Gouvernement von Grobno über die Schiffahrt auf dem Memel). (Anscheinend ist damit gemeint, daß sich die memelländische Delegation dazu äußern sollte, wie sich eine weitere Sperrung des Memelstroms durch Litauen geltend machen würde.)

2. Welche Folgen entstehen für die Durchfahrt durch Memel, wenn Litauen befriedigt wird? In welchem Umfang könnte diese Durchfahrt stattfinden, wenn der litauische Handel künstlich geleitet auf Königsberg und Elbau, nunmehr über Litauen (soll wahrscheinlich heißen Memel) geleitet würde?

3. Im Falle, daß Memel mit Litauen vereint würde und der Konflikt zwischen Litauen und Polen sich verlängern würde, also Memel in den Konflikt hineingezogen würde, welche Konsequenzen hätte eine solche Lage für die Zukunft Memels? Kann das Land den Reichtum (Einnahmen) entbehren, welche durch den Transit nach und von Polen entstehen?

4. Im Falle, daß Memel als Freistaat die Handelsmöglichkeit mit Litauen und Polen gewonnen würde, könnte dann das Land bestehen und durch welche Mittel?

5. Welches ist in den Einnahmen Memels der Teil, welcher durch den Hafen entsteht, welcher durch innere Produktion und welcher durch den äußeren Handel? Geben Sie in dieser Beziehung hauptsächlich genaue Angaben, welche gestatten, sich ein genaues Bild zu machen, in welchem Maße der Hafen dazu beiträgt, das Gleichgewicht des Budgets zu halten und wie derselbe im allgemeinen (zu) der Entwicklung beiträgt.

Auch durch eine noch so eingehende Beantwortung dieser Fragen dürfte kein vollständiges Bild über die wirtschaftlichen Beziehungen Memels zu seinen Nachbarstaaten entstehen, da unser wichtigster Nachbar Deutschland darin nicht aufgeführt wird, der unser Lieferant für eine große Reihe unentbehrlicher Waren ist.

Der Inhalt der Fragen zeigt des weiteren deutlich, daß Litauen, seit es seine aus politischen Gründen betriebene Boykottpolitik gegen Memel fort, sich zu Gunsten Polens selbst in Memel auszusprechen droht.

Weitere polnische Stimmen zur Memelfrage

Wl. Warschau, 8. November. Der Warschauer „Kurjer Polski“, das Organ des Landeshefes Pilsudski und offizielles Sprachrohr des polnischen Außenamts, bringt, wie auch alle anderen polnischen Blätter, jede Notiz über die Memeler Frage. Das Blatt schließt sich der von der Memeler Delegation vor dem Botschafterrat ausgesprochenen Meinung, daß aus Memel ein Freistaat gebildet werden müsse, an, da nur eine derartige Lösung Memel gestatten werde, günstige Wirtschaftsbeziehungen sowohl zu Polen, als auch zu Litauen zu unterhalten, wobei sowohl Polen als auch Litauen voll den Memeler Hafen benutzen werden können. Die polnische Delegation werde erst nach der litauischen Delegation den polnischen Standpunkt dem Botschafterrat darlegen. — Der „Pracelnik Wlasciwy“, das Warschauer demokratische Handelsblatt, schreibt, daß man hoffen darf, daß der Botschafterrat die Wünsche der Memeler Bevölkerung berücksichtigen wird, und nicht zulassen wird, daß die Litauer diesen Hafen ausschließlich für sich erobern werden.

Litauische Liebenswürdigkeiten gegen Memel

Von einem litauischen Kaufmann erhalten wir folgende Zuschrift: „Wie auf dem Memeler litauischen Konsulat eigene Staatsangehörige behandelt werden: Schon seit 8 Tagen laufe ich täglich in das litauische Konsulat, um eine Rechnung besätigen zu lassen. Täglich werden andere Ausreden gebracht. Den ersten Tag hieß es „kommen Sie morgen“, dann wieder „wir müssen morgen umsehen“ usw. Als das Konsulat endlich umgezogen war, hieß es am anderen Tage „wir sind noch nicht danach eingerichtet, kommen Sie morgen.“ Am andern Tage (Freitag) wurden die Rechnungen angenommen und auf Dienstag zur returnieren versprochen.“

Dieses lange Zögern brachte mich endlich zu einer aufgeregten Stimmung und ich meldete mich persönlich zum Konsul. Anstatt eine vernünftige Antwort zu erwarten, wurde ich geradezu mit grobem Ausdrücken bedacht und mir das Bestätigen der Rechnung völlig abgelehnt. U. a. bemerkte der Sekretär des litauischen Konsulats: „Wozu kauft Ihr denn hier Ware, fahrt besser nach Hamburg! Wir wollen durchaus nicht die Kaufleute des Memelgebietes unterstützen!“

Es ist traurig, daß die litauische Regierung eine solch unangebrachte Politik führt und gleichzeitig ihre eigenen Bürger schädigt.

Ein litauischer Bürger Kowno Kaufmann 1. Gasse Nr.

Die polnischen Wahlen

* Warschau, 9. November. Die bisher feststehenden, etwa 800 Mandate des polnischen Sejms verteilen sich folgendermaßen: Rechtsblock 125, Witos-Partei 45, Sozialisten und Jungut-Partei je 30, Minderheitsblock 35, Nationale Arbeiterpartei 12, galizische Zionisten 10, Eulski-Gruppe 5. Die noch ausstehenden 70 Mandate dürften vor allem dem Minderheitsblock und den Bauernparteien zufallen. Der Wahlerfolg des Minderheitsblocks wird von der Presse aller Parteien anerkannt. Die Blätter heben heute übereinstimmend hervor, daß die Regierungsbildung schwierig sei.

Polnische Faschisten

Wl. Dypeln, 9. November. Infolge der Enthüllungen des „Kurjer Poranny“ über eine unter Führung des Generals Dombor-Musnicki stehende geheime militärische Organisation der Nationaldemokratie „der freie Schütz“, die in der Blotakstraße in Warschau ein Verberbüro unterhält, über ein Spionagesystem verfügt und deren Befehlshaber jenen der italienischen Faschisten und der deutschen Orgel parallel gehen sollen, überfiel ein nationaldemokratischer Stoßtrupp die Redaktion des Pilsudski-Blattes. In Lublin wurde ein nationaldemokratischer Stoßtrupp aufgedeckt.

Gespannte russisch-polnische Beziehungen

* Moskau, 9. November. Die russische Telegr.-Ag. teilt mit: Das Oberhaupt des polnischen Staates Pilsudski lehnte es ab, das Beglaubigungsschreiben des bevollmächtigten Vertreters der Sowjetrepublik für Polen, Doleński entgegenzunehmen und beauftragte damit den Minister für auswärtige Angelegenheiten, womit die Minderwertigkeit der russischen Republik unterstrichen werden sollte. Infolgedessen lehnte es auch die russische Regierung ab, das Beglaubigungsschreiben des neuen polnischen Geschäftsträgers Kroll entgegen zu nehmen und briefl. Doleński aus Warschau zurück. Kroll ist wieder nach Warschau abgereist.

Die Wahlarithmetik der litauischen Regierung

Der Beschluß der litauischen Wahlkommission, inappellabel

Wie der Vorsitzende der litauischen zentralen Wahlkommission durch die Kownoer Presse erklärt, hat man in den verschiedenen Wahlbezirken die Bestimmungen über die Wahlbrüche verschieden ausgelegt. Daher habe es der zentralen Wahlkommission zuzulegen, die Angelegenheit zu klären, ohne daß von „irgend einer nachträgliche Beschwerden erwartet werden könnten.“

Die Vertreter der völkischen Minderheiten, die ja hauptsächlich unter den Kommissionsmitgliedern saßen, hätten die „Kommissionsmitglieder nicht mitgemacht oder sie zum Zeichen des Protestes verlassen.“ Übrigen sollten die Wahlen für die nächsten Wahlen die ernstzunehmenden politischen Gruppen davon abhalten, den kommenden litauischen Landtag durch Abberufung auch der wahlamtlich anerkannten Abgeordneten zu boykottieren. Wenn etwas sie gekränkt haben könnte, komme nur das Wahlergebn selbst in Frage. „Beschalt sind die Wahlen seinerzeit so unklar gewesen, an der Ausarbeitung des Gesetzes nicht teilzunehmen?“ Jetzt sei es zu spät und der Beschluß der Wahlkommission inappellabel, es sei denn, die Mandatskommission oder das künftige Sejmplenum änderte es früher oder später.

Aus dieser sophistischen amtlichen Erklärung ist zu schließen, es zu einer verhängnisvollen Spaltung zwischen Litauern und völkischen Minderheiten gekommen ist, die sich einseitigen von jeder parlamentarischen Mitbeteiligung zurückgezogen haben. Das Kownoer litauische Blatt „Dzien Kownieski“ führt den Entscheid der Wahlkommission ab aburzum: Wenn in einem Wahlkreis mit 100 000 Wählern bei einem Wahloeffizienten von 10 000, eine Partei die Zahl von 1 erreicht, 9 andere aber nur je 9000 Stimmen anbringen, so erhält die erste Partei mit 10 000 Stimmen alle 10 Mandate auf Kosten der übrigen 9 Parteien, die insgesamt 90 000 Stimmen aufbrachten. „sollte mehr mit der Logik rechnen, als mit mangelhaft redigierten Wahlstrukturen.“

Auch Prof. Waldemaras, Leader der oppositionellen „Lew-Balsas“ Partei (litauische Progressisten), nimmt in „Lew-Balsas“ Stellung gegen die „eigenartige Wahlarithmetik“ und „gewalttätigen Wahlmachenschaften“, die außer den Nationalitäten auch die Pasha-Gruppe um ihre Mandate brachte.

Der Königsb. „Voss. Zig.“ wird dazu aus Kowno geschrieben: „Smetonas — der erste, allgemein geachtete Präsident der litauischen Republik, schreibt in seinem Organ in tiefster Weise, daß Litauen bei seinen Nachbarn, ja bei ganz Europa um Vertrauen und Ehre bringt, wenn es so willkürlich das Recht beugt und die demokratische Idee vernichtet, wie durch die Wahlunterdrückung der Opposition und der Minderheiten. Er weist deutlich hin, daß sich Litauen dadurch allen Rechten begibt, über die polnischen Ausschreitungen gegen litauische Minderheiten zu klagen und Willkür der polnischen Abstammigen im Wilnggebiet zu verurteilen. Ebenso müsse Litauen alle Sympathien im Memelgebiet verlieren — und in der Tat! Es ist beispiellos in der Geschichte der europäischen Wahlen, daß sich eine Regierungsmehrheit, wie hier die vereinigten christlichen Demokraten und Sozialisten (die litauische Kleinbauernpartei unter Schlachewicz), um an Staatsmacht zu bleiben und sich nicht in die Güter zu lassen, einfach die gewählten Abgeordneten der Opposition durch die Hauptwahlkommission nicht in den Sejm lassen will, sondern stattdessen die Kandidaten der eigenen Partei zu Abgeordneten nennt, trotzdem sie viel weniger Stimmen haben, als die rechtlich gewählten Kandidaten der Opposition! Mit Hilfe des Kriegszustandes glaubt inessen die Regierung über diese unerhörte Rechtslegung hinwegzukommen. Das Blatt der jüdischen Minorität, das über diese Angelegenheit zu schreiben wagte, ist von Kommandant mit 5000 Lit Strafgeld belegt worden, was sich 3½ Millionen Mark. Der Finanzminister drohte jüdischen Vertretern mit einem Judenpogrom und der Führer der vereinigten Arbeiterpartei, auch ein gewählter Abgeordneter, ist Grund des Kriegszustandes hinter Schloß und Riegel! Das ist Wahl-, Press- und Gewissensfreiheit der litauischen „demokratischen Regierungsmehrheit, die trotz Kriegszustand und anderer Hilfe Gewalttaten gegen die gewählten Vertreter von einem Drittel Wähler greifen muß, um unkontrolliert weiter wirtschaften zu können.“

Die Folgen der litauischen Währungsänderung

Aus Kowno berichtet die „Dz. Zig.“: Die infolge der führung der Goldwährung in Litauen entstandene Katastrophe nimmt immer größere Dimensionen an. Der Lebensunterhalt einer einzigen Person des Mittelstandes kostet hier nach jetzigen Preisen weit über 100 000 Lit. monatlich. Ein Hotelzimmer kostet bis 5000 Lit. täglich. In der Stadt, aber auch im ganzen Land herrscht eine Panikstimmung. Wer nur irgend kann, verläßt „gastliche“ Litauen und flieht nach dem Ausland, hauptsächlich nach Deutschland. Das Packamt ist von Ausreisegedungen überschwemmt. Im Laufe der letzten 6 Wochen haben Kowno über 10 000 Personen verlassen, um nicht mehr zurückzukehren. Nicht nur Litauer, sondern alteingesessene Einheimische verlassen ihre Heimat um ihren der sichere Untergang vor Augen stand. Die gesamte öffentliche Meinung verurteilt heute ausnahmslos den hauptsächlich nationaler Eitelkeit gefassten Gedanken, eine eigene Währung und zu noch eine „goldene“ einzuführen. Allgemein ist man überzeugt, die „goldene“ Währung schon in den nächsten Monaten auszubrechen wird, da die Zustände buchstäblich unhaltbar geworden sind. Das litauische Experiment muß anderen valutatrunkenen Ländern eine sehr dringende Mahnung sein zur Vorsicht bei den Versuchen, Währung zu sanfteren.

Neues vom Tage

Ein dritter Hamburger Dampfer überfällig

* Hamburg, 10. November. (Tel.) Der Hamburger Dampfer „Progrek“ der Reederei Johannes Aßmann am 30. November einer Kohlenladung von Born Island nach der Elbe abgegangen. Der Dampfer ist bislang nicht ein. In Born sind vierzehn Mann gesaßung. Man vermutet, daß das Schiff dasselbe Schicksal wie die beiden Dampfer der Firma Cauber ereilt hat.

Zugzusammenstoß vor Hamburg

* Hamburg, 10. November. (Tel.) Am Morgen fuhr ein dritter Dampfer ein Triebwagenzug der Vorortbahn auf den auf dem Bahndamm zwischen der Chaussee haltenden Dampfzügen. 4 Wagen des Dampfzuges entgleisten, 5 Personen, wovon 2 ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wurden schwer, 25 leichter verletzt.

Ein Dampfer infolge Reflexexplosion gesunken

* Hamburg, 9. November. Heute vormittag erfolgte an Bord des Hamburger Dampfers „Leopold David“ in Cuxhaven eine Reflexexplosion, die so schweren Schaden anrichtete, daß das Schiff innerhalb einer halben Stunde sank. Wie es heißt, sind sämtliche Mannschaften außer dem Maschinenpersonal gerettet worden.

Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, ereignete sich die Explosion an Bord des von Rotterdam mit einer Benzinsladung einkommenden Hamburger Landdampfers „Leopold David“ auf der Reede am Dierhöft. Von der 17 Mann starken Besatzung sind nach bisheriger Feststellung 11 Mann gerettet worden. Die Explosion war so heftig, daß von dem Vordersteck sämtliche Platten losgerissen wurden.

Als Nahrungsmittelfolgen in den Tod gelangten
In Minden ertränkte sich ein ehemaliger Oberleutnant aus Nahrungssorgen.

Einklein Nobelpreisträger für Physik

* Stockholm, 10. November. (Tel.) Die schwedische Akademie der Wissenschaften verlieh dem Professor Albert Einstein den Nobelpreis für 1921 für Physik.
Nach einer Neurenderung aus Hongkong ist Professor Einstein hier eingetroffen. Er legt seine Reise nach Japan am Freitag

Un unsere verehr. Postbezieher!

Infolge der unübersichtlichen Verhältnisse auf dem Papiermarkte galt der Postbezugspreis unserer Zeitung ab 1. Oktober d. J. bekanntlich als freibleibend. Die am 1. November erfolgte Heraushebung des Vierteljahrs-Bezugspreises von 450 auf 900 M. nötigt uns, von unsern Postbeziehern eine Nachzahlung zu erbitten; diese beträgt für die Vierteljahrsbezieher M. 300.—

Wir fügen der heutigen Ausgabe eine Postanweisung zur gest. Benutzung bei und erbitten umgehende Einzahlung des in Frage kommenden Betrages spätestens bis 15. d. Mts. zur Vermeidung der Lieferungs-einstellung.
Verlag des „Memeler Dampfboot“.

Cofales

Memel, den 11. November 1922

Der Tarifvertrag in der Landwirtschaft

Von der Landwirtschaftskammer des Memel-Landes in Memel wird uns geschrieben: Die Lohnzahlung für die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Kreisen Memel und Gendekrug findet zukünftig nach folgendem Tarifvertrag und seinen Nachträgen statt:

I. Am 1. Oktober waren für die Sommerzeit 2 x 240 M. zu zahlen.

II. Für die Zeit vom 1. Oktober bis 11. November sind zu zahlen
A. an Deputanten: a) Barlohn für 1 1/2 Monate = 110 M. + 37 M. = 147 M., 80 Pfund Roggen + 27 Pfund Roggen = 107 Pfund Roggen = 2722 M. (Oktobererntezeitung 3402 M. für 1 Zentner) + 1728 M. (Novembererntezeitung 6400 M. für 1 Zentner), zusammen 4459 M. + 147 M. Barlohn = 4597 M. Barlohn. b) Naturallohn unter Zugrundelegung der durch das Landesdirektorium festgesetzten Wertbemessung für den Steuerabzug = 54400 M. jährlich, also monatlich 4533 M. + 10 Tage = 1/3 = 1511 M. zusammen 6044 M. Naturallohn + 4597 M. Barlohn, demnach Gesamtlohn = 10641 M.

Hiervon gehen ab 10% Steuerabzug von 10641 M. = 1064 M., hiervon wiederum abzugsfähig für einen verheirateten Deputanten mit einem Kind unter 16 Jahren für 1 1/2 Monate 333 M., bleiben Steuern 731 M. Der Barlohn betrug 4597 M., hiervon ab die Steuern = 731 M., sonach sind also bar zu zahlen 3866 M.

B. an Charwenker von 14 und 15 Jahren a) Barlohn pro Arbeitstag im Winter 4 M., Oktober 26 Arbeitstage, November 9 Arbeitstage = 35 x 4 M. = 140 M., 1/2 Zentner Roggen zu 6400 M. für 3 Monate = 8512 M., für 1 1/2 Monate = 3783 M. und 140 M. = Barlohn 3923 M. b) Naturallohn jährlich 10 Ztr. Getreide à 1000 M. = 10000 M. für 1 1/2 Monate also 833 M. + 278 M. = 1111 M. Naturallohn, 3923 M. Barlohn, demnach Gesamtlohn 5034 M.

Hiervon gehen ab 10% Steuerabzug von 5034 M. = 503 M., hiervon abzugsfähig für 1 1/2 Monate 173 M., bleiben Steuern 330 M. Der Barlohn betrug 3923 M., hiervon ab die Steuern 330 M., sonach sind bar zu zahlen 3593 M.

III. Für die Invaliditäts- und Altersversicherung sind für die Inskulte 52 M., für sämtliche Charwenker 24 M. Rebemarken wöchentlich zu verwenden.

* [Die Zoll- und Passrevision in Lit.] Von der hiesigen Bahnhofsverwaltung wird uns mitgeteilt: Vom 9. November ab findet die gesamte Zoll- und Passkontrolle in Litka bei sämtlichen Zügen (also auch den D-Zügen) in der Revisionshalle am Bahnsteig statt. Sämtliche Reisende haben sich mit ihrem Handgepäck dorthin zu begeben. Reisegepäck wird amtlich durch die Gepäckabfertigung vorgeführt. — Diese Wiedereinführung der Revision in der Halle (bisher wurde sie im Zug vorgenommen), ist allem Anschein nach auf ein „Eingefandl“ in der „Lit. Ztg.“ zurückzuführen, in dem gesagt wurde, daß die Einrichtung der Revision im Zuge tatsächlich nur den aus dem Memellande kommenden Reisenden zugute käme; alle übrigen Beteiligten, nicht nur das Litkaer Reisepublikum, nein, auch die Zollbeamten selbst sowie die beteiligten Eisenbahner und Eisenbahngepäckträger seien hiervon nichts weniger denn erbaut. Das Litkaer Reisepublikum müsse während der ganzen Zeit der Zollrevision geduldi in Wind und Wetter hinter geschlossenen Schranken auf den Stufen des zugigen Zugangstunnels warten, ohne Zutritt zum Bahnhof zu haben, und werde erst im letzten Augenblick vor Abgang des Zuges durch die Schranken gelassen.

* [400-Jahrfeier der deutschen Lutherbibel.] Wie in allen anderen evangelischen Jugendvereinen, so will auch, wie uns geschrieben wird, die Memeler kirchliche Jugend am kommenden Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, in der St. Johannis-Kirche durch einen liturgischen Jugend- und Kindergottesdienst die 400-Jahrfeier der deutschen Lutherbibel festlich begehen und ladet sowohl alle Konfirmierten jungen Mädchen und Junglinge, als auch die ganze Gemeinde der Erwachsenen herzlichst dazu ein. Außer Chorgesängen, Gesangbuchliedern und Deklamationen wird eine Ansprache von Superintendent Gregor den hohen Wert des Gotteswortes den Zuhörern von neuem zum Bewußtsein bringen, damit je länger je mehr die Bibel wieder Jung und Alt, Hoch und Gering ein lebendiges Buch werde, aus dem jeder besonders in dieser Zeit immer wie äußerlicher Nöte wahre Lebenskräfte schöpfen kann. Für jugendliche Teilnehmer leitet in Memel einen Bibel-Kreis (B. K.) für Gymnasialisten Dr. Dumath, Parkstraße 5, sodann Bibelstunden für evangelische Junglinge und junge Männer Pfarrer Körner und Prediger v. Sack jeden Donnerstag abends 8 Uhr in der Sakristei und eine Bibelgruppe für junge Mädchen aller Stände Fräulein C. Linars, Wiesenstraße 19, jeden Mittwoch von 7-9 Uhr abends. Zu allen Veranstaltungen seien hiermit neue Teilnehmer herzlichst eingeladen.

* [Ev.-kirchl. Gemeinschaft Friedrich Wilhelm-Str. 1.] Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß am Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, in der Ev.-kirchl. Gemeinschaft Friedrich Wilhelm-Str. 1 der Prediger Herr Seifert aus dem Sungenbergter Revier aus seinen persönlichen Erfahrungen einen Vortrag halten wird, wozu eine rege Beteiligung erwünscht ist.

* [Dostojewski im Film.] Die ergreifende Kindertragödie Dostojewskis „Die Erniedrigten und Beleidigten“ ist von F. Carlsson verfilmt worden und wird gegenwärtig in den Apollo-Bildspielen vorgeführt. F. Carlsson hat unter diesem Titel Glück und Leid der kleinen Welt mit festerem Verständnis für Filmwirksamkeit bearbeitet. In der Hauptrolle hat die graziöse und zierliche Uva Maria reichlich Gelegenheit, durch ihre sensible Darstellungsfähigkeit sowohl rührenden Kinderchmerz, wie schelmischen Jugendübermut und erstes Liebeserwachen festlich zu gestalten.

* [Vom Bogensport.] Uns wird geschrieben: Seit der Rückkehr vieler Sportsfreunde aus Internierung- und Gefangenenlagern, wo sie das Bogensport gründlich erlernten, ist der Bogensport auch bei uns aus seiner Aschenbüchse heraufgeholt worden. Leider herrscht bei vielen Laien die Ansicht vor, daß die edle Kunst der Selbstverteidigung ein roher und verwerflicher Sport ist. Die neue Zeit hat da Wandel geschaffen! Heute sieht man das Bogen im rechten Licht, sieht seine Bedeutung als einen den ganzen Körper durchtrainierende Übungsart, seinen nervenstärkenden Wert als Kampfsport, seinen ganz erheblichen Nutzen als Verteidigungsmittel. Die Bogensportabteilung des Sportvereins Memel hat sich zur Aufgabe gemacht, den bereits seit 3 Jahren hier gepflegten Bogensport weitmöglichst auszuweiten. Die Abteilung ist bereits dem Reichsverband für Amateurbogenschützen Berlin, sowie dem Athletik-Sport-Verband von 1891 angemeldet. Außerdem werden der Abteilung sämtliche modernen Trainingsapparate zur Verfügung stehen, um die Ausbildung der Bogner wie in den größeren Vereinen Deutschlands handhaben zu können. Wie aus dem Inserat ersichtlich, veranstaltet heute abend im Schützenhause (Kartenzimmer) die Bogensportabteilung des Sportvereins Memel eine Versammlung, zu der jeder Bogensportinteressent herzlichst eingeladen ist.

* [Die Abfahrt der Memeler Fußballer nach Königsberg verlegt.] Die Ia-Mannschaft des M. F. fährt nicht, wie gestern bekanntgegeben wurde, Sonnabend abend von hier ab, sondern schon Sonnabend mittags 1.58. Sie wählt diesen Zeitpunkt, um rechtzeitig zu der vom „Asfo“ veranstalteten Empfangsfeier einzutreffen. Alle Freunde, die die Mannschaft teils zum Bahnhof, teils bis Königsberg begleiten wollen, mögen sich also rechtzeitig einstellen.

Kirchenzettel für Sonntag, den 12. November
Johanniskirche. 9 1/2 Uhr: Sup. Gregor, 11 Uhr: Kindergottesdienst, 4 Uhr: Vierhundertjahrfeier der deutschen Lutherbibel unter Mitwirkung der Jungmädchenvereine.

Memeler Handels- und Schiffsahrtszeitung

Berliner Börse * Berlin, 10. November. (Tel.)

Wit Rückblick auf die Schwierigkeiten, die bei der Durchführung der geplanten Marktstabilisierung nach den vorliegenden politischen Nachrichten noch zu überwinden sind, gestaltete sich der Verkehr am Devisenmarkt bei der im allgemeinen besessenen Tendenz äußerst nervös und unregelmäßig. Das gleiche Bild bot der Effektenmarkt. Im allgemeinen schien anfangs die Besserung der Devisenkurse gegen den Kursrückgang eine Stütze zu bieten, aber das Angebot erlangte im Verlauf mehr und mehr das Uebergewicht. Industriepapiere verloren einen mehr oder minder großen Teil der vorwöchentlichen Gewinne. Die Kaufkraft verhielt sich äußerst abwartend. Valutapapiere stellten sich naturgemäß der Devisenverschlechterung entsprechend niedriger. Bemerkenswert jedoch war die Besserung der Kanadaktien, während Baltimore 13000 Proz. verloren. Von Montanwerten setzten Harpener mit 4000 Proz. höher ein, wovon sie 2000 Proz. wieder verloren. Auch Akkumulatoren stellten sich anfangs mit 1500 Proz. höher.

Am Markt überwog das Angebot der nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte bei weitem. Die Kursfeststellung gestaltete sich äußerst schwierig und unterlag sehr bedeutenden Verzögerungen. An der Nachbörse entwickelte sich immerhin ein lebhaftes Geschäft in deutschen Kreditsanctis, deren Kurs sich von 77 1/2 bis 83 1/2 erhob. In nächster Woche findet die Wertpapierbörse nur Montag, Mittwoch und Freitag statt, an den übrigen Tagen werden nur Devisen und Notizen notiert.

Table with columns for various stock indices and prices, including Deutsche Bank, Dresdner Bank, and others.

Telegraphische Auszahlungen

Table showing telegraphic remittances for various locations like Amsterdam, London, Paris, etc., with columns for date and amount.

Devisen-Nachbörse, 5.30 Uhr nachmittags
Amsterdam 8090.-, London 252.50, Zürich 1460.-, Budapest 80.-

Marktkurse im Ausland: Amsterdam 0.33, Kopenhagen 0.06%, Zürich 0.07%, Stockholm 0.04%. (Priv.-Tel.)

Berliner Produktenbörse

* Berlin, 10. November. (Tel.)
Gegenüber der gestrigen Flaumigkeit zeigte der Produktenmarkt heute eine gewisse Widerstandsfähigkeit auf Grund der leichten Befestigung der Devisenkurse. Die Verkäufer beobachteten größere Zurückhaltung, die Preise erlitten aber kaum Aufbesserungen, da die Kaufkraft außerordentlich spärlich vertreten war. Safer war gegen die gestrigen Nachmittagspreise erhöht, Mehl und alle anderen Artikel hatten ruhigen Verkehr.

Antliche Berliner Produkten-Notierungen

Table with columns for products (Weizen, Roggen, Gerste, etc.) and their prices in Mark and previous days.

Engl. Kirche. 9 1/2 Uhr: Prediger von Sack, Mittwoch, den 15. 8 Uhr: Bibelstunde, Pfarrer Körner.
Evangelisch-reformierte Kirche. Vorm. 9 1/2 Uhr: Fr. Frieß, 11 Uhr: Kindergottesdienst, nachm. 5 Uhr: Jungfrauenverein.
Baptisten-Kapelle. Vorm. 9 1/2 und nachm. 4 Uhr: Predigtgottesdienst, vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst, Mittwoch, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr: Bestunde.
Ev. kirchl. Gemeinschaft, Friedrich Wilhelm-Str. 1. 2 Uhr: Liturgisch, 4 Uhr: deutsch, Prediger Seifert aus dem Sungenbergter Revier, 7 Uhr: Jugendbund.
Christliche Gemeinschaften
Evangel. Vereinshaus, Rippenstr. 4 und Baakenstr. 7. Nachm. 5 Uhr: Versammlung, abends 7 1/2 Uhr: Jugendbund.
Schmela, Vereinshaus. Nachm. 2 1/2 Uhr: Versammlung, abends 7 Uhr: Jugendbund.
Englische Kirche. 11 1/2 Uhr vorm.: Sonntagschule, 5 1/2 Uhr nachm.: Versammlung, 7 Uhr abends: Jugendbund.

Standesamt der Stadt Memel

vom 10. November 1922.
Aufgehoben: Maschinenbauer Jurgis Pakullis von Dampert, Kreis Memel, mit Etliche Anna Radwillow von hier; Motorbootführer Wilhelm Martin Richard Köhler von Riel mit Dienstmädchen Emma Margarete Homen von hier.
Eheschließungen: Zimmerer Otto Richard Bronachy von Schmela mit Margarete Gertrud Niagrah, ohne Beruf, von hier; Destillateur Michel Kaiser von Schmela mit Verkäuferin Ulrike Anna Peller von Ragmit; Fabrikbesitzer Erich Diebte von Sarnetshemen, Kreis Sengenber, mit Drogeriebesitzerwitwe Franziska Charlotte Dittschin, geb. Bloch, von hier.
Geboren: Ein Sohn: dem Kaufmann Inas Sautschik von hier. — Eine uneheliche Geburt männlichen Geschlechts.
Sterben: Regierungsoberrat Kurt Friis, 29 Jahre alt, von hier; eine uneheliche Totgeburt männlichen Geschlechts; Arbeiterwitwe Anna Waitekus, geb. Trautrimis, 85 Jahre alt, von hier.

Nichtamtliche Marktfutter-Notierungen

Table with columns for feed prices (Weizen, Roggen, Hafer) and their prices per 100 kg.

Königsberger Produktenbörse. Königsberg, 10. November. (Tel.) Zufuhr: 14 Waggons, davon 1 Weizen, 4 Roggen, 3 Gerste, 2 Hafer, 4 Kleie. Weizen unter 1200, Roggen niedriger 1100, Hafer niedriger 1100 und 1100, Kartoffeln sind heute nicht notiert.

Memeler Schiffsahrtsnachrichten

Table with columns for ship arrivals and departures, including ship name, captain, origin, and destination.

Wetterwarte

Wettervorhersage für Sonnabend, den 11. November: Vorübergehend abnehmende Bewölkung, vorwiegend trocken und etwas kälter, bei zunächst schwachen, veränderlichen Winden, nachts Frostgefahr.

Temperaturen in Memel am 10. November.

Morgens 6 Uhr: + 3.2, vormittags 8 Uhr: + 2.2, vormittags 10 Uhr: + 4.0, mittags 12 Uhr: + 4.8, nachmittags 2 Uhr: + 4.4, nachmittags 4 Uhr: + 4.4

Witterungsübersicht von Freitag, den 10. November, 8 Uhr morgens.

Bei schwacher Aufbewegung aus südlicher Richtung blieb es gestern in unserem Bezirk meist trübe oder neblig mit leichten, stielmild verbreiteten Neberschüben. Die Temperaturen lagen überall über dem Gefrierpunkt, nur im Norden Dispersions trat nachts leichter Frost ein. In Deutschland war es heute früh bei schwachen, veränderlichen Winden vorwiegend trübe oder neblig, im Westen etwas kälter, sonst mild und allgem. trocken. Das Nordbrudgebiet über Südwesteuropa hat sich mit seinem Kern über Mitteleuropa verlagert und mit einem Teilhoch über Skandinavien ausgedehnt. Das Tiefdruckgebiet über Südskandinavien ist nordwärts abgezogen, während ein flaches Tief über Island liegt. Von Island nach ein neues Tiefdruckgebiet schnell heran. Fast überall fielen Niederschläge.

Table with columns for weather observations at various locations (Königsberg, Ankerburg, etc.) including weather type, wind, and temperature.

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Freitag, den 10. November, 8 Uhr morgens.

Ueberst. der Witterung: Südbrud: Hochdruckgebiet 770 Mitteleuropa und Skandinavien. Tiefdruckgebiete 757 Weiges Meer, 735 Island. — Wind: Nordsee schwache östliche, sonst westliche bis südliche Winde; morgen vorübergehend aufblühend, meist trocken, zunächst schwache veränderliche Winde. — Wetter: Trübe oder neblig.

Table with columns for stations, barometer, wind, weather, temperature, and remarks.

Kabarett Sanssouci
sonnabend, den 11. Novbr. 1922,
Grosser Humor-Abend
vom beliebten
Rembrandt-Duo
Grosse Verlosung. Wertvolle Gewinne.
F. Ollesch.

